UNION

Hoch und runter

Nachdem die schwarz-gelbe Regierung mit ihren Plänen zur Steuersenkung im Bundesrat vorerst gescheitert ist, streitet die Union darüber, ob sie die Zustimmung der SPD erkaufen soll – indem der Spitzensteuersatz erhöht wird. Während sich der Unions-Chefhaushälter Norbert Barthle (CDU) einen Kompromiss vorstellen kann, lehnt Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) dies strikt ab. Barthle schlägt vor, den progressiven Einkommensteuertarif fortzuschreiben. Derzeit greift bei Ledigen ab einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 52 882 Euro der Spitzensteuersatz in Höhe von 42 Prozent. Dieser bleibt bis zu einem jährlichen Verdienst von 250 731 Euro konstant, erst dann wird die Reichensteuer von 45 Prozent fällig. Barthles Vorschlag würde dazu führen, dass der Steuersatz zwischen diesen Beträgen langsam ansteigt. „Eigentlich kann die SPD das nicht ablehnen“, sagt Barthle. Bouffier, der auch stellvertretender CDU-Vorsitzender ist, will davon nichts wissen. „Wir sind von der Verfassung her verpflichtet, das steuerliche Existenzminimum anzuheben“, sagt er, „und auch die Beseitigung der kalten Progression ist richtig, um Arbeitnehmer zu entlasten.“

TIM BRAKEMEIER / DPA

Wichert, Guttenberg 2009

VERTEIDIGUNGSMINISTERIUM

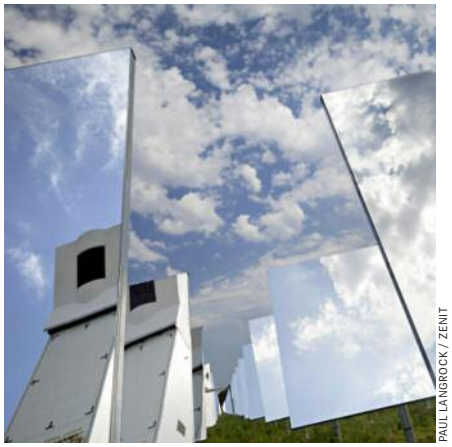
Innere Führung

Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) hat den ehemaligen Staatssekretär Peter Wichert in seinen Beraterkreis aufgenommen und distanziert sich damit von seinem Vorgänger Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU). De Maizière berief Wichert vergangene Woche in den Beirat für Fragen der Inneren Führung der Bundeswehr und rehabilitierte so den Spitzenbeamten, den Guttenberg im November 2009 gefeuert hatte. Wichert und Generalinspekteur Wolfgang Schneiderhan hatten sich damals von Guttenberg vorwerfen lassen müssen, wichtige Berichte über die Bombennacht von Kunduz verschwiegen zu haben. Im September 2009 hatten US-Kampfjets auf Anforderung eines Bundeswehroffiziers zwei von den Taliban gekaperte Tanklastwagen bombardiert. Dabei waren mehr als hundert Zivilisten ums Leben gekommen. Wichert hatte den Vorwurf, den Minister nicht vollständig informiert zu haben, stets zurückgewiesen. Er wurde nun als zusätzliches Mitglied in den Beirat für Innere Führung berufen. Der Staatssekretär a. D. soll unter anderem in der Arbeitsgruppe „Personal/Führung/Einsatz“ tätig werden und sich um „öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen“ kümmern.

ENERGIEWENDE

Leere Klimakasse

Der Energie- und Klimafonds, Herzstück der von der Bundesregierung propagierten Energiewende, erweist sich nach einem Jahr als Flop. Sowohl die Einnahmen als auch die Ausgaben bleiben erheblich hinter den Planungen zurück. Nach einem Bericht des Bundesfinanzministeriums an den grünen Abgeordneten Sven-Christian Kindler hat der Fonds 2011 nur ein Viertel der geplanten 300 Millionen Euro eingenommen. Für die Förderung von Energiesparmaßnahmen sowie erneuerbarer Strom- und Heizquellen wurden statt der geplanten 300 Millionen nur 46,6 Millionen Euro ausgegeben. Die Bundesregierung „versagt bei der Finanzierung und der Umsetzung der Energiewende“, sagt Kindler. Auch 2012 rechnet die Bundesregierung mit einer leeren Klimakasse: Die Einnahmen aus dem Emissionshandel, die den Fonds künftig speisen sollen, fielen erheblich geringer aus als gedacht, da die Kohlendioxid-Zertifikate derzeit statt der kalkulierten 17 Euro nur 7,50 Euro wert seien. Das Finanzministerium erwägt nun, dem Fonds ein „überplanmäßiges Liquiditätsdarlehen“ aus dem Bundeshaushalt zu geben.



PAUL LANGROCK / ZENIT

Solarthermisches Kraftwerk in Jülich

FINANZMINISTERIUM

Inquisitorischer Eifer

Im Finanzministerium von Wolfgang Schäuble (CDU) wird bei Beförderungen die politische Gesinnung der Kandidaten zuweilen besonders gründlich geprüft. Ein ranghoher Vertreter der fürs Personal zuständigen Zentralabteilung wollte kürzlich von zwei angehenden Referatsleitern wissen, ob sie der SPD angehörten. Beide verneinten, doch der inquisitorische Eifer des Beamten, der als strammer CDU-Parteigänger gilt, war nicht gestillt. Ob etwa die Ehefrau Sozialdemokratin sei, fragte er weiter. Die beiden Anwärter für die niedrigste Führungsebene im Ministerium beklagten sich bei ihren Vorgesetzten über das Verfahren. Die wiesen die Zentralabteilung darauf hin, dass Kandidaten ausschließlich nach Leistung und Qualifikation auszuwählen seien. Beide Beamte wurden befördert.